

FREIBERUFLER-TICKER vom 12. Juli 2019

1. Strukturpolitik für Deutschland

Das Bundeskabinett nahm am 10. Juli 2019 die [Schlussfolgerungen](#) aus der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zur Kenntnis und beschloss die Umsetzung von zwölf [Maßnahmen](#) des Bundes. Dies sind 1. Strukturschwache Regionen in ganz Deutschland gezielt fördern, 2. Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen bringen, 3. Breitband und Mobilfunk flächendeckend ausbauen, 4. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Fläche verbessern, 5. Dörfer und ländliche Räume stärken, 6. Städtebauförderung und sozialen Wohnungsbau voranbringen, 7. Eine faire Lösung für kommunale Altschulden finden, 8. Engagement und Ehrenamt stärken, 9. Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sichern, 10. Barrierefreiheit in der Fläche verwirklichen, 11. Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern und 12. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ als Richtschnur setzen. Der Kommission sitzt der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat vor, Co-Vorsitzende sind die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft sowie die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

2. Deutschlandatlas

Dieses Kompendium wurde im Kontext der Schlussfolgerungen aus der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ am 10. Juli 2019 präsentiert. Insgesamt 56 digitale [Deutschland-Karten](#) bilden die wichtigsten Fakten über das Leben in Deutschland ab und erlauben detaillierte Vergleiche zwischen den Regionen. Die Karten illustrieren wichtige Lebensbereiche der Menschen, von Infrastruktur und Demografie bis hin zu Gesundheitsversorgung und Sicherheit. Sie werden schrittweise erweitert und aktualisiert.

3. Neue Stiftung soll gesellschaftliches Engagement fördern

Die Bundesregierung setzt eine entsprechende Maßnahme um, die sich aus den Schlussfolgerungen aus der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ableitet. So stimmte das Bundeskabinett am 10. Juli 2019 der [Gründung](#) einer „Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ zu. Diese soll noch in diesem Jahr errichtet werden. Kernanliegen der Stiftung ist es, Serviceangebote für die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt bereitzustellen und ehrenamtlich Tätige zum Beispiel bei rechtlichen Fragestellungen oder der Beantragung von Fördermaßnahmen sowie bei der Digitalisierung zu unterstützen.

4. IAB-Studie zur Relevanz der Mindestausbildungsvergütung

Gemäß dem [Regierungsentwurf](#) des Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung sollen Auszubildende im ersten Lehrjahr ab dem 1. Januar 2020 eine Mindestvergütung in Höhe von 515 Euro pro Monat erhalten, diese soll bis 2023 auf dann 620 Euro steigen. Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gingen nun der Frage nach, in welchem Umfang diese geplante Regelung für Auszubildende eine Rolle spielt. Hierzu legten sie Ende vergangener Woche eine [Studie](#) vor, die zeigt, dass je nach Region, Bildungsabschluss und Betriebsgröße deutliche Unterschiede bestehen. So verdienten 2015, dem jüngsten Berichtsjahr, für das derzeit Ausbildungskohorten vollständig abgebildet werden können, deutschlandweit etwa 16,3 Prozent der Auszubildenden weniger als 515 Euro. Dies galt für 35,5 Prozent der Auszubildenden in Ostdeutschland und für 13,4 Prozent in Westdeutschland. Überdies wurde festgestellt, dass der allgemeinbildende Abschluss einen

starken Einfluss auf die Vergütung hat. Sieben Prozent der Abiturienten in Ausbildung erhielten 2015 weniger als 515 Euro im Monat, bei denjenigen ohne Abitur waren es 20 Prozent. Und bei Kleinstbetrieben mit bis zu vier Beschäftigten bekamen 33,2 Prozent der Auszubildenden weniger als 515 Euro, bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten 3,6 Prozent.

5. Studie zu Chancengerechtigkeit und Bildungsförderung

Beim Bildungssystem sehen die Deutschen Handlungsbedarf vor allem an den Grundschulen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen [Umfrage](#), die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Roland Berger Stiftung durchführte und die am 8. Juli 2019 veröffentlicht wurde. Dabei wurden die Antworten der Bevölkerung insgesamt mit denen von Eltern mit Kindern unter 16 Jahren verglichen. 83 Prozent der Deutschen halten die gute Beherrschung von Rechtschreibung und Grammatik für das wichtigste Lernziel, bei Eltern sind es 82 Prozent. Allen ist die Allgemeinbildung am zweitwichtigsten. Der Meinung, dass Kindern mit Sprachproblemen zusätzliche Deutschkurse angeboten werden sollten – und zwar verpflichtend –, sind 72 Prozent der Gesamtbevölkerung und 76 Prozent der Eltern. Eine Verkleinerung der Klassen wünschen sich 65 Prozent der Gesamtbevölkerung und 77 Prozent der Eltern. Eine bessere Ausstattung mit Computern halten 57 Prozent der Gesamtbevölkerung und zwei Drittel der Eltern für dringend erforderlich.

6. Mehr Hochschulpersonal

Rund 400.100 Personen waren Ende 2018 an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken als wissenschaftliches Personal beschäftigt. Wie das Statistische Bundesamt Ende vergangener Woche weiter [mitteilte](#), waren das 1,3 Prozent mehr als Ende 2017. Dazu gehörten rund 47.900 Professoren, die an deutschen Hochschulen lehrten und forschten, 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Zum nichtwissenschaftlichen Personal zählten 316.600 Personen, 2,2 Prozent mehr als Ende 2017.

7. Algorithmenkontrolle

Vor dem Hintergrund möglicher Auswirkungen Algorithmen-basierter Entscheidungen auf den demokratischen Willensbildungsprozess prüft die Bundesregierung, welche Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich sind. Das schreibt sie in ihrer Antwort ([19/11351](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/10965](#)), über die der Deutsche Bundestag am 10. Juli 2019 informiert hat. Sie erläutert weiter, dass sie im Herbst 2018 eine Datenethikkommission eingesetzt hat, die binnen eines Jahres ethische Maßstäbe entwickeln sowie konkrete Regulierungsoptionen in den Bereichen Umgang mit Daten, Algorithmen-basierte Entscheidungen und Künstliche Intelligenz vorschlagen soll. Die Datenethikkommission soll der Bundesregierung ihre Ergebnisse am 23. Oktober 2019 vorstellen. Die Bundesregierung wird die Empfehlungen der Datenethikkommission abwarten, bevor sie ihre Prüfung möglichen gesetzgeberischen Handlungsbedarfs abschließt. Im Rahmen ihrer Überlegungen sollen auch entsprechende auf internationaler Ebene formulierte Prinzipien einfließen.

8. KSK-Satz auch 2020 unverändert bei 4,2 Prozent

Der Abgabesatz zur Künstlersozialversicherung wird auch 2020 weiterhin 4,2 Prozent betragen. Er bleibt damit im dritten Jahr in Folge stabil. Zum Entwurf der Künstlersozialabgabe-Verordnung 2020 leitete das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Ressort- und Verbändebeteiligung ein. Das geht aus einer [Mitteilung](#) vom 5. Juli 2019 hervor. Der unveränderte Abgabesatz zeigt laut BMAS die stabile Finanzierungsbasis der

Künstlersozialversicherung in Folge des Gesetzes zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabegesetzes in der vergangenen Legislaturperiode. Seither erhöhte sich wegen der deutlich intensivierten Prüf- und Beratungstätigkeit von Rentenversicherung und Künstlersozialkasse (KSK) die Zahl der abgabepflichtigen Unternehmen stetig, so das BMAS. Hierdurch verbreiterte sich die Bemessungsgrundlage, was auch für eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den Unternehmen sorgt, heißt es weiter.

9. EU-Bevölkerung gestiegen

Nach Schätzungen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union (EU), ist die Bevölkerung der EU zum 1. Januar 2019 auf beinahe 513,5 Millionen Personen gestiegen, plus 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. 2018 wurden in der EU mehr Sterbefälle als Geburten registriert, was bedeutet, dass die natürliche Veränderung der EU-Bevölkerung ein zweites Jahr in Folge negativ war. Die positive Bevölkerungsveränderung war deshalb laut Eurostat durch den Wanderungssaldo bedingt. Mit 83 Millionen Einwohnern oder 16,2 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung zum 1. Januar 2019 ist Deutschland der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat der EU, vor Frankreich mit 67 Millionen Einwohnern beziehungsweise 13,1 Prozent, dem Vereinigten Königreich mit 66,6 Millionen Einwohnern beziehungsweise 13 Prozent, Italien mit 60,4 Millionen Einwohnern beziehungsweise 11,8 Prozent, Spanien mit 46,9 Millionen Einwohnern beziehungsweise 9,1 Prozent und Polen mit 38 Millionen Einwohnern beziehungsweise 7,4 Prozent. Von den übrigen Mitgliedstaaten haben 14 einen Anteil von zwischen einem und vier Prozent und acht einen Anteil von unter einem Prozent. Diese Zahlen gab Eurostat am Vortag des Weltbevölkerungstags am 11. Juli 2019 [heraus](#).

10. Bevölkerungsprojektion der EU-Bevölkerung

Nach dem Basisszenario der jüngsten Bevölkerungsprojektionen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union (EU), wird die Bevölkerungszahl der EU bis 2044 stetig ansteigen, zu dem Zeitpunkt mit 525 Millionen Menschen ihren Höchststand erreichen und dann schrittweise sinken. Langfristig geht Eurostat davon aus, dass die EU-Bevölkerung zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 1. Januar 2100 um fast vier Prozent oder 20 Millionen Menschen zurückgeht. Das [teilte](#) Eurostat am 10. Juli 2019 mit.